

Das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 ermöglicht die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Anteilseigner in den Aufsichtsräten von Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, wenn sie als Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt werden und i.d.R. mehr als 1.000 Beschäftigte haben.

Der Aufsichtsrat besteht aus i.d.R. aus elf Mitgliedern. Bei Gesellschaften mit einem Grund- bzw. Stammkapital von mehr als 10 Millionen Euro kann durch Satzung oder Gesellschaftsvertrag bestimmt werden, dass der Aufsichtsrat aus 15 Mitgliedern besteht. Bei Gesellschaften mit einem Grund- bzw. Stammkapital von mehr als 25 Millionen Euro kann durch Satzung oder Gesellschaftsvertrag bestimmt werden, dass der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern besteht.

Bei einem 11-köpfigen Aufsichtsrat gibt es je fünf Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer. Auf jeder Seite ist eines der fünf Mitglieder ein so genanntes „weiteres Mitglied“<sup>1</sup>. Die „weiteren Mitglieder“ dürfen weder Gewerkschafts- oder Arbeitgebervertreter noch Arbeitnehmer oder Inhaber größerer Aktienpakete des Unternehmens sein. Hinzu kommt als elfte Person das so genannte „neutrale Mitglied“.

Die fünf Vertreter der Anteilseigner werden von der Hauptversammlung gewählt.

Von den fünf Arbeitnehmervertretern müssen zwei im Unternehmen tätig sein. Dazu kommen das „weitere Mitglied“ und zwei außerbetriebliche Arbeitnehmervertreter. Die zwei außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter und das „weitere Mitglied“ der Arbeitnehmer werden von den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften vorgeschlagen. Anschließend wählen die Betriebsräte alle fünf Arbeitnehmervertreter, d.h. auch die Kandidaten, die von den Gewerkschaften benannt werden, müssen sich der Wahl durch den Betriebsrat stellen. Danach werden die fünf vom Betriebsrat gewählten Arbeitnehmervertreter der Hauptversammlung vorgeschlagen. Bei der Bestätigung durch die Hauptversammlung handelt es sich allerdings nur um eine formelle Wahl, denn sie kann die Vorschläge nicht ablehnen.

Sind die fünf Arbeitnehmervertreter und die fünf Anteilseignervertreter von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt worden, dann müssen diese sich auf das „neutrale Mitglied“ einigen. Haben sie sich geeinigt, unterbreiten sie ihren Vorschlag für den „Neutralen“ der Hauptversammlung, die den „Neutralen“ wählt. Für den Fall, dass kein gemeinsamer Vorschlag zustande kommt oder die vorgeschlagene Person nicht gewählt wird, setzt ein kompliziertes Verfahren ein, das bis zur Überprüfung vor den Gerichten reicht. Bisher ist dieses Vermittlungsverfahren allerdings Theorie geblieben. Dem „neutralen Mitglied“ kommt eine besondere Bedeutung zu, da dessen Stimmverhalten bei Beschlüssen des Aufsichtsrats eine entscheidende Rolle zukommen kann, wenn sich Arbeitnehmer und Anteilseigner nicht einigen können.

---

<sup>1</sup> Bei einem 21-köpfigen Aufsichtsrat gibt es zwei weitere Mitglieder auf der Arbeitnehmerseite und zwei weitere Mitglieder auf der Seite der Anteilseigner.

Um dieser „Schiedsrichterfunktion“ gerecht zu werden, muss das neutrale Mitglied nicht nur das Vertrauen beider Seiten besitzen, sondern sollte auch über Erfahrungen in Wirtschaft oder Verwaltung verfügen und als Persönlichkeit besonders geeignet sein, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Eine Aufgabe des Aufsichtsrats ist die Bestellung, d.h. die Wahl des Vorstands. Dem Vorstand muss ein Arbeitsdirektor angehören. Im Gegensatz zu den anderen Vorstandsmitgliedern kann er nicht gegen die Stimmenmehrheit der Arbeitnehmervertreter berufen werden. Der Arbeitsdirektor ist Ressortchef des Personal- und Sozialwesens.

Das Gesetz sieht eine zahlenmäßig gleich starke Besetzung der Aufsichtsräte durch Arbeitnehmer- und Anteilseignervertreter in Unternehmen vor, die mehr als 2.000 Arbeitnehmer beschäftigen, nicht unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz fallen und bei deren Unternehmensform es sich um Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Genossenschaften handelt.

Die Aufsichtsräte sind mit der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Anteilseignervertretern besetzt. Ihre Größe richtet sich nach der Zahl der Beschäftigten im Unternehmen. Bei bis zu 10.000 Arbeitnehmern hat der Aufsichtsrat zwölf Mitglieder im Verhältnis 6:6, bis 20.000 Arbeitnehmer ist das Verhältnis 8:8, in Unternehmen mit mehr als 20.000 Beschäftigten sieht das Gesetz einen 20-köpfigen Aufsichtsrat im Verhältnis 10:10 vor.

Auf der Arbeitnehmerseite ist eine Vertretung der Gewerkschaften vorgesehen. Bei einem 12-köpfigen Aufsichtsrat erhalten die Gewerkschaften zwei Sitze.<sup>1</sup> Die übrigen vier Sitze der Arbeitnehmerschaft sind Beschäftigten des Unternehmens vorbehalten. Allerdings ist einer der Sitze einem leitenden Angestellten vorbehalten. Alle sechs Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt.

Die Vertreter der Anteilseigner werden von der Hauptversammlung gewählt.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Vertretung. Dafür sind zwei Drittel der Stimmen nötig. Können sich die Aufsichtsratsmitglieder nicht auf einen Vorsitzenden einigen bzw. kein Kandidat erlangt eine Zweidrittelmehrheit, dann ist für den zweiten Wahlgang vorgeschrieben, dass die Anteilseigner den Aufsichtsratsvorsitzenden und die Arbeitnehmervertreter die Stellvertretung wählen. In der Praxis hat das dazu geführt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende immer ein Vertreter der Anteilseigner ist.

Bei Abstimmungen im Aufsichtsrat mit Stimmengleichheit hat der Aufsichtsratsvorsitzende eine zweite Stimme. Wird eine Abstimmung wiederholt und dabei immer noch Stimmengleichheit festgestellt, kann der Aufsichtsratsvorsitzende von seinem Doppelstimmrecht Gebrauch machen.

Eine Aufgabe des Aufsichtsrats ist die Bestellung, d.h. die Wahl des Vorstands. Die Mitglieder des Vorstands werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Kann diese Mehrheit in der ersten Abstimmung nicht erreicht werden, muss ein Vermittlungsausschuss eingeschaltet werden. Ihm gehören der Aufsichtsratsvorsitzende und seine Vertretung sowie ein weiteres Aufsichtsratsmitglied jeder Seite an. Über dessen Vorschlag entscheidet der Aufsichtsrat dann mit absoluter Mehrheit. Wird auch diese nicht erzielt, so hat in einer dritten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende das Doppelstimmrecht.

---

<sup>1</sup> Bei einem 16-köpfigen Aufsichtsrat erhalten die Gewerkschaften ebenfalls zwei Sitze. Bei einem 20-köpfigen Aufsichtsrat erhalten die Gewerkschaften drei Sitze.

Dem Vorstand gehört auch immer ein Arbeitsdirektor an. Der Arbeitsdirektor ist Ressortchef des Personal- und Sozialwesens. Nach dem Wahlverfahren des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 kann somit der Arbeitsdirektor – im Unterschied zum Montan-Mitbestimmungsgesetz – auch gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter berufen werden.

Das Drittelbeteiligungsgesetz vom 18. Mai 2004 (DrittelbG), das das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 abgelöst hat, regelt die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Genossenschaften, sofern diese Gesellschaften nicht unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz fallen und i.d.R. mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigen. Sollten die Unternehmen jedoch regelmäßig mehr als 2.000 Beschäftigte haben, dann gilt für sie das Mitbestimmungsgesetz von 1976.

Die Aufsichtsräte sind zu einem Drittel mit Vertretern der Arbeitnehmerschaft und zu zwei Dritteln mit Vertretern der Anteilseigner besetzt. Der Aufsichtsrat besteht mindestens aus drei Aufsichtsratsmitgliedern. Die Zahl der Mitglieder kann jedoch in Abhängigkeit vom Grund-/Stammkapital auf maximal 21 Mitglieder erhöht werden (muss aber immer durch drei teilbar sein). Die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder beträgt bei Unternehmen mit bis zu 1,5 Millionen Euro Grund-/Stammkapital 9 Mitglieder, bei Unternehmen zwischen 1,5 und 10 Millionen Euro Grund-/Stammkapital 15 Mitglieder und bei Unternehmen mit über 10 Millionen Euro Grund-/Stammkapital 21 Mitglieder.

Bei einem oder zwei Arbeitnehmermandaten müssen die Arbeitnehmervertreter aus dem Unternehmen stammen. Ab drei Arbeitnehmervertretern können auch externe Personen, also Vertreter der Gewerkschaften, von den Arbeitnehmern in den Aufsichtsrat gewählt werden. Die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite werden von den Arbeitnehmern des Unternehmens unmittelbar gewählt.

Die Vertreter der Anteilseigner werden von der Hauptversammlung gewählt.

Eine Aufgabe des Aufsichtsrats ist die Bestellung, d.h. die Wahl des Vorstands.<sup>1</sup> Die Bestellung eines Arbeitsdirektors, der für das Personal- und Sozialwesen zuständig ist, ist – im Unterschied zum Montan-Mitbestimmungsgesetz und dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 – nicht vorgesehen.

---

<sup>1</sup> Eine Ausnahme bei der Wahl des Vorstands stellt die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) dar. Bei ihr wird der Vorstand nicht vom Aufsichtsrat gewählt. Der Komplementär bzw. die Komplementäre übernehmen die Funktion des Vorstands.